



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Januar 2018

Luxemburg-Liebknecht-Ehrung in Berlin-Friedrichsfelde am 14.1.



Diesmal sind hoffentlich viele von uns aus Mitte dabei (siehe Seite 2)
(Foto von 2017, Quelle: Webseite der Bundespartei)

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe:
Mittwoch, 31.01.2018

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Ausblick	S. 2
Perspektivenpapier	S. 3
BürgerInnenbeteiligung	S. 4
Mietenpolitik	S. 6
Gedenkstätte Stadthaus	S. 7
Geht es so weiter?	S. 8
Termine / Kontakt	S. 9
Anhang: Brief der Vorsitzenden	

Ausblick für das erste Quartal 2018

Liebe Mitglieder der LINKEN des Bezirks Hamburg-Mitte,

das Jahr neigt sich dem Ende zu und wir möchten Euch schon mal auf einige Veranstaltungen im kommenden Jahr hinweisen:

Im Januar

Frühstück mit Neumitgliedern des Bezirks Mitte

Samstag, den 6.1.2018, ab 11.00 Uhr
Kaffeewelt, Böckmannstr. 3, 20099 Hamburg-St. Georg

Ansprechpartner: Marinus Stehmeier
marinus.stehmeier@posteo.de

Vorstellung und Gespräch mit David Stoop unser neugewähltes Mitglied im Landesvorstand. "Grill den Landessprecher"

Gelegenheit zum Befragen und Kennenlernen.
Mittwoch, den 10.01.2018 um 19:00 Uhr -
Einlass 18.30

Drachenbau, Schmilinskystraße 6 a, 20099 Hamburg

Bezirksvorstandssitzung

Donnerstag, den 11.1.2018 ab 18.30
Büro der Bezirksfraktion
Borgfelder Straße 83

Busfahrt zur Luxemburg-Liebknecht-Demo in Berlin

Sonntag 14.1.2018

Abfahrt ab Hamburg wird gegen 05.00 Uhr sein
Die Rückfahrt ist für 18.00 Uhr geplant.
Der Bezirksvorstand Hamburg Mitte hat beschlossen, GenossInnen und UnterstützerInnen der Partei Die Linke, die gemeinsam am 14.1.2018 zur LL Demo nach Berlin fahren wollen, zu unterstützen.

Dank großzügiger Einzelspenden von Bezirksabgeordneten zusätzlich zu den beschlossenen Mitteln des BeVo ist es uns nun möglich, mit einem eigenen Bus des Bezirksverbandes Hamburg-Mitte nach Berlin zu fahren.

Die Fahrt soll für Parteimitglieder und deren Gäste aus Mitte grundsätzlich **kostenfrei** ermöglicht werden - stattdessen bitten wir um **freiwillige Fahrtkostenbeteiligung: "pay what you want"**.

Abfahrt ab Hamburg wird gegen 05.00 Uhr sein, die Demo beginnt um 10.00 Uhr und endet gegen 13.00 Uhr.

Die Rückfahrt ist für 18.00 Uhr geplant - das bietet allen Mitfahrenden die Möglichkeit nach der Demo noch ca. **4 Std. lang nach Lust und Laune in Berlin** zu verbringen

<https://www.facebook.com/events/393871677715292/>

Anmeldung/Ansprechpartnerin: Theresa Jakob
info@die-linke-hamburg-mitte.de

Im Februar

Bezirksvorstandssitzung

Donnerstag, den 8.2.2018 ab 18.30
Büro der Bezirksfraktion
Borgfelder Straße 83

Bericht über die Arbeit der Bürgerschaftsfraktion

Unsere Bürgerschaftsabgeordneten Carola Ensslen und Martin Dolzer werden über die Arbeit der Bürgerschaftsfraktion berichten
Wann: Am Dienstag, den 20.02.2018 um 19:00 Uhr - Einlass 18.30

Wo: In den Versammlungsräumen der Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft, 2.Stock der Lilienstraße 15, 20095 Hamburg
→ Fahrstuhl vorhanden

Im März

Bezirksvorstandssitzung

Donnerstag, den 8.3.2018 ab 18.30
Büro der Bezirksfraktion
Borgfelder Straße 83

Delegiertenwahlen für den Landesparteitag und Bundesparteitag

In der zweiten Monatshälfte im März 2018 werden wir unsere Delegierten für den Landes- und Bundesparteitag und den/die bezirkliche VertreterIn für den Landesvorstand wählen.
Das genaue Datum und der Ort werden baldmöglichst bekanntgegeben.

>> 1. Tagung des 6. **Landesparteitages**, Freitag, 25.5.2018, 17:00 h; Samstag, 26.5. und Sonntag, 27.05.

>> **Bundesparteitag** Leipzig Freitag, 08. bis Sonntag, 10.06.18

Veranstaltungsreihe der Bürgerschaftsfraktion

Schon jetzt, aber auch noch bis in den Mai 2018, läuft eine Veranstaltungsreihe „Mut gegen Armut“ der Bürgerschaftsfraktion in den Bezirken zu der ihr herzlich eingeladen seid.

Im Bezirk Mitte finden folgende Veranstaltungen dieser Reihe statt:

„Armut macht krank“

Wann: Am Mittwoch, den 24.01.2018 um 19:00 Uhr

Wo: Im Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20, 21107 Hamburg

„Kaputt gespart-soziale Infrastruktur stärken“

Wann: am 22.03.2018 um 18:30 Uhr

Wo: Noch nicht bekannt (Billstedt)

Unter dem Link <http://www.linksfraktion-hamburg.de/mut-gegen-armut/> findet ihr Informationen dazu, die laufend aktualisiert werden. Die Studie der Fraktion zum Thema „soziale Ungleichheit im Wohlstand“ findet ihr unter http://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2017/09/Soziale_Spaltung_Hamburg

_Netz.pdf

Habt eine schöne Zeit „zwischen den Jahren“ und kommt gut ins neue Jahr.

Mit solidarischen Grüßen
Euer Bezirksvorstand -Mitte

info@die-linke-hamburg-mitte.de

<http://www.die-linke-hamburg-mitte.de/politik/aktuell.html>

<https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/>

Liebe Genossinnen und Genossen

wir stehen im Bezirk Hamburg Mitte vor großen Aufgaben, die wir gerne mit euch vor Ort gemeinsam bearbeiten würden. Dazu haben wir einen Entwurf zu einem Perspektivenpapier verfasst, den wir zusammen mit euch weiterentwickeln möchten.

Im Zuge dessen würden wir gerne mit euch auf dieser Basis vor Ort Veranstaltungen durchführen. Die finanziellen Mittel werden entsprechend bereitgestellt. Bitte schickt uns eure Anregungen und Vorschläge für Veranstaltungen und Aktionen vor Ort.

Mit solidarischen Grüßen

der Bezirksvorstand Hamburg-Mitte

Perspektivenpapier – DIE LINKE Hamburg-Mitte

Für Verteilungsgerechtigkeit und gegen die soziale Spaltung in Hamburgs Mitte durch Verbesserungen der sozialen Infrastruktur und Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Hamburg ist eine sozial gesplante Stadt, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Besonders offensichtlich wird dies im Bezirk Mitte. Hier liegen die Stadtteile mit den größten Defiziten in der sozialen Infrastruktur und den höchsten Armutsquoten.

Ungerührt hiervon folgt die regierende Politik weiterhin dem Leitbild der „wachsenden Stadt“. Hamburg wird in einen vorgeblichen internationalen „Wettbewerb der Metropolen“ gezwungen und soll für diesen fit gemacht werden. Im blinden Glauben an eine Ideologie des unendlichen Wachstums zählen für Senat und Bezirk nur die steigenden Zahlen, mögen es Container, Touristen oder Büro-Quadratmeter sein.

Gleichzeitig werden soziale Schief lagen durch verfehlte Stadtteilentwicklungspolitik verfestigt. Die jahrelange Unterfinanzierung der sozialen Infrastruktur, völlig unzureichender Sozialwohnungsbau, explodierende Mieten insbesondere in den innerstädtischen Lagen, auslaufende Sozialbindungen, Armutskonzentration, Verödung der Infrastruktur und der kulturellen Angebote in den Großsiedlungen, Leerstände in den Einkaufszentren und fehlende ärztliche Versorgung vor Ort auf der einen Seite und die teuersten Leuchtturmprojekte der Stadt wie Hafen City und

Elbphilharmonie, IBA, IGS auf der anderen Seite, bestimmen das Spannungsgefüge des Bezirks.

Aufgrund der Durchsetzung der Schuldenbremse erleben die Bezirke erhebliche Einschränkungen in ihrer Handlungsfähigkeit. Die Überwachung der sozialen Erhaltungsverordnungen und die Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnungen werden aufgrund eines unzureichenden Personalschlüssels nicht durchgesetzt.

Hamburg braucht ausreichend bezahlbaren Wohnraum und insbesondere Sozialwohnungen. Der Drittmix verfestigt die soziale Spaltung. Aus diesem Grund fordern wir einen neuen Verteilungsschlüssel, der mindestens 2/3 Sozialwohnungsbau im ersten Förderweg mit 30 Jahren Sozialbindung beinhaltet. Im Zuge dessen sollen die öffentlichen Grundstücke ausschließlich in Erbpacht vergeben werden.

Zur Aufrechterhaltung der Wohnqualität dürfen die wirtschaftlichen Interessen z.B. der Tourismus- und Eventindustrie nicht den Interessen der BewohnerInnen übergeordnet werden.

Zur Förderung des sozialen Lebens müssen Schulen und Kindergärten, Begegnungs- und Kulturzentren, Sportstätten und Bücherhallen und Parks ausgebaut, erhalten und dauerhaft finanziert werden. Die Bürgerbeteiligung muss bei-

spielsweise durch Quartiers- sowie Stadtteilbeiräte gestärkt werden. Aus diesem Grund müssen diese Institutionen ausfinanziert werden. Deren Finanzierung muss durch einen eigenen Haushaltsposten im Etat der FHH sichergestellt werden.

Die Bezirksreform 2020 schröpft zwecks Durchsetzung der Schuldenbremse die Bezirke durch den Personalabbau fast bis zur Handlungsunfähigkeit. Die Menschen vor Ort erleben, wie Serviceleistungen beschnitten und soziale Einrichtungen gleich zur Gänze geschlossen werden. Dem gegenüber stehen die Milliardeninvestitionen in Großprojekte, die offensichtlich an einem wesentlichen Bevölkerungsanteil vorbeigehen. Dies spiegelt sich in einem erschreckenden Rückgang der Wahlbeteiligung wider. Der Bevölkerungsanteil, welcher am dringendsten sozialer Verbesserung bedarf, hat sich aus der politischen Willensbildung verabschiedet bzw. wendet sich zunehmend der AfD zu.

Vielfalt versus Rechtspopulismus

Der Bezirk Mitte ist durch seine Vielfalt an Kulturen und die große Bereitschaft, hier in einem friedlichen und auch bereichernden Miteinander zu leben, geprägt. Das große Maß an Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen, die Vielzahl ehrenamtlich Engagierter gehört zu den starken

Seiten in den innerstädtischen Quartieren. Dies gilt es zu unterstützen.

Gleichzeitig hat die regierende Politik tatenlos zugesehen, wie in den letzten Jahren die Zahl derer, die in Schlangen vor den Essensausgaben der Tafeln in Hamburg-Mitte warten, stetig zunahm und der Anblick von PfandsammlerInnen, die ihr Grundeinkommen aufbessern müssen, zum alltäglichen Erscheinungsbild wurde.

Die Ballung von Problemen in Form von schlechten Wohnsituationen, mangelnden Bildungschancen, hoher Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen führt dazu, dass die rechtsextremen Positionen der AfD und anderer rechter Gruppen einen Nährboden in diesen Stadtteilen finden.

Der Kampf gegen Rassismus und rechte Gesinnungen ist unweigerlich verbunden mit dem Kampf gegen die soziale Spaltung in dieser Stadt.

Nur gemeinsam sind wir stark!

Diese Perspektiven wollen wir gemeinsam mit den GenossInnen in den BO's, der Bezirks- und Bürgerschaftsfraktion weiterentwickeln und Wege zur Umsetzung finden.

Die Aktivierung von Mitgliedern und die Gewinnung neuer Mitglieder sehen wir als eine wichtige Aufgabe an, um die Kraft für die Durchsetzung unserer Ziele zu verstärken.

Daran wollen wir gemeinsam arbeiten.

„Themen, die in die UNO-Vollversammlung gehören“

Es war ein abgekarteter Coup kurz vor Weihnachten: Am Morgen des 20. Dezember 2017 legte die SPD-GRÜNEN-Koalition im Bezirk Hamburg-Mitte einen Antrag vor, der mit Unterstützung der CDU auf dem am Abend tagenden Stadtplanungsausschuss durchgewinkt und tags darauf auf der Bezirksversammlung bestätigt wurde. Wenige Tage vor den Feiertagen und dem Jahreswechsel sollte schnell noch ein gravierender Einschnitt in die eh schon magere BürgerInnenbeteiligung vollzogen werden: die Kürzung der Mittel und betreuten Sitzungen bei acht von zehn bzw. elf Quartiers- bzw. Stadtteilbeiräten im Bezirk Mitte.

Doch auch wenn zunächst am Ergebnis nichts mehr zu ändern war, aus dem Coup, die Öffentlichkeit und vor allem die betroffenen Beiräte von irgendeiner Diskussion auszuschließen und sie Anfang des neuen Jahres vor vollendete Tatsachen zu stellen, ist denn doch nichts geworden. Innerhalb eines einzigen Tages konnte das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte eine Protester-

klärung verfassen und abstimmen lassen, die dann in der Bezirksversammlung zur Verteilung kam. In dem Papier wird u.a. auf Gespräche mit den Vertretern der Senatsparteien SPD und GRÜNE – konkret den Herren Dr. Dressel, Kien-scherf und Duge – verwiesen, in denen „dem Netzwerk gegenüber verbal die Bedeutung der Beiratsarbeit für die Entwicklung der Quartiere hervorgehoben“ wurde. Doch offenbar seien, so das Netzwerk, Ausführungen und Drucksachen „das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind“.

Für den Bezirk Mitte gilt das offenbar in besonderem Maße. Im rötlich-grünen gültigen Koalitionsvertrag für den Bezirk Hamburg-Mitte vom 26. September 2014 heißt es im Kapitel „2.3. Beteiligung“ u.a.: „Die Arbeit und Funktionsfähigkeit der Beiräte ist der Koalition sehr wichtig.“ Und weiter: „Die laufenden Beteiligungsprozesse in Hamburg-Mitte sind vorbildlich.“ Vor diesem Hintergrund trifft noch nicht mal der Spruch „Mehr Schein als Sein“ zu. Die ganz große Koalition aus SPD,

GRÜNEN und CDU hat am 21. Dezember mal eben den aus dem Quartiersfonds gespeisten Etat für die Beiräte von 150.000 Euro (2017) de facto um 28.000 Euro gekürzt (diese Summe bleibt laut Antrag als „Puffer... , der flexibel und nach Bedarf eingesetzt werden soll“). Folglich müssen nun acht Beiratsgremien im Jahre 2018 auf mindestens eine begleitete Sitzung verzichten, der Quartiersbeirat Horner Geest sogar auf zwei.

Vertreter des Netzwerks und einiger Stadtteilbeiräte machten in der „öffentlichen Fragestunde“ zu Beginn der Bezirksversammlung am 21. Dezember ihrem Unmut Luft. Die anschließenden Antworten der Abgeordneten der SPD, GRÜNEN sowie der CDU – eine Diskussion mit den FragestellerInnen auf Augenhöhe ist in der „Fragestunde“ ja nicht vorgesehen – machten schon atmosphärisch deutlich, wie wenig diese von den Beiräten als „Säulen der Stadtteildemokratie“ wirklich halten. Arik Willner (SPD) sprach von „begrenzten Ressourcen“, natürlich handele man in Mitte „beispielhaft für ganz Hamburg“, im Übrigen sein Credo: „Treffen Sie sich doch!“ Darin waren sich alle Redner von der SPD über die GRÜNEN bis zur CDU einig, dass die Beiräte sich ja so oft und gerne treffen könnten, wie sie mögen. Nur, so die Subbotschaft, kommen würde dann eben niemand aus der Bezirkspolitik und -verwaltung, und Geld gäbe es dafür sowieso nicht. Eine echte Nebeltaktik, denn das Gros der Initiativen und sowieso Forderungen und Anträge der Beiräte richtet sich ja nun mal gerade an den

Bezirk und dessen Abwesenheit ließe Sitzungen weitgehend ins Leere laufen. Michael Osterburg (GRÜNE) griff sich den Quartiersbeirat Münzviertel heraus und meinte, seine Fraktion könne gar nicht dessen Sitzungen komplett besuchen. Die Subbotschaft: Dann müssen die auch mit weniger bezahlten und begleiteten Sitzungen auskommen. Den Vogel schoss Roland Hoitz (CDU) ab, die Zahl der Sitzungen sei „keine Qualitätsfrage“, und weniger Sitzungen würden dann vielleicht auch zur Folge haben, dass „Themen, die in die UNO-Vollversammlung gehören“, dann endlich wegfielen. Sein Fraktionskollege Gunter Böttcher ergänzte später, dass „drei Sitzungen pro Jahr für das Münzviertel doch ausreichen“ würden. Klar, Treffen im Vier-Monats-Rhythmus, so hätten sie's gerne, aber mit akuter BürgerInnenbeteiligung, gar auf Augenhöhe, hat das alles nichts zu tun.

Und das ist auch der bittere Nachgeschmack dieser Bezirksversammlung. Entgegen allen Verlautbarungen und Behauptungen legen die Bezirkskoalitionäre mit Flankenschutz von der CDU ein weiteres Mal die Axt an die Säulen der Stadtteildemokratie. Die Zeichen der Zeit haben die zitierten Herren und ihre Parteien offenbar nicht verstanden. Die Bezirksabgeordneten der LINKEN, Steffen Leipnitz und Ina Morgenroth, haben in ihren Beiträgen auf der Bezirksversammlung deutlich gemacht, dass eine Kehrtwende in Sachen Partizipation her muss, gerade im Bezirk Mitte.

Michael Joho



Alle Jahre wieder?

*Protest des Einwohnervereins St. Georg gegen das drohende Auslaufen des dortigen Beirats 2014
Foto: Joho*

Mieten: Da müssen wir 2018 dran bleiben!

Zitiert: Pressemitteilung der Bürgerschaftsfraktion vom 5. Dezember:

Senatspolitik scheitert: Mieten in Hamburg steigen ungebremst

Laut dem heute vorgestellten Mietenspiegel sind die Nettokaltmieten in Hamburg in den letzten zwei Jahren im Schnitt um 5,2 Prozent gestiegen, in einzelnen Feldern liegt der Anstieg laut Senatorin Stapelfeldt sogar bei bis zu 23 Prozent. Durchschnittlich lagen die Mieten zum Stichtag 1. April 2017 bereits bei 8,44 Euro pro Quadratmeter.

„In den sechs Jahren SPD-Regierung sind die Mieten in Hamburg um 17 Prozent gestiegen. Die gebetsmühlenartig wiederholte Aussage des Senats, der Neubau und nur er allein würde die Mieten dämpfen, wird Lügen gestraft“, stellt **Heike Sudmann** fest, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Das liege am hohen Anteil von 70 Prozent freifinanzierten Wohnungen, die seit 2011 jedes Jahr neugebaut werden bzw. werden sollen. Diese Wohnungen tragen mit Neubaumieten von bis zu 20 €/qm nettokalt (Spalte N des Mietenspiegels 2017) erheblich zum Mietenanstieg bei. Auch Mieterhöhungen bei den 92.000 freifinanzierten Wohnungen der SAGA fließen in den Spiegel ein und sorgen für einen Anstieg der Durchschnittsmieten.

„Der Senat muss endlich andere Wege in der Mietpolitik gehen“, so Sudmann. „Eine Erhöhung des Anteils geförderter Wohnungen auf mindestens 50 Prozent jährlich gehört ebenso dazu wie der verstärkte Neubau mit SAGA und gemeinwohlorientierten Genossenschaften, die für eine sozialere Mietpolitik stehen. Im ersten Schritt sollte ähnlich wie in Berlin auf eine Mieterhöhung bei der städtischen SAGA verzichtet werden. Bei ihren jährlichen Überschüssen von rund 150 Millionen Euro sollte das drin sein.“

Kommentar: Auch im kommenden Jahr muss die Mietpolitik auch und speziell im Bezirk wieder im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen. Existenzangst resultiert u.a. aus der Befürchtung, sich erhöhte Mieten nicht mehr leisten zu können und aus der Wohnung vertrieben zu werden. Da hilft es wenig, wenn in der eigenen Umgebung frei finanzierte Reihenhäuser entstehen oder Wohnblocks mit Eigentumswohnungen – die Mieten steigen ungebremst, weil es einfach zu wenige Sozialwohnungen gibt und immer mehr aus der

Bindung fallen. Partei und Bezirksfraktion müssen weiter klar machen, dass wir für eine andere, eine soziale Wohnungspolitik stehen, z.B. das berühmte Drittel öffentlich geförderter Wohnungsneubauten zum einen einfordern, zum anderen klar machen, dass das viel zu wenig ist. Auch über die in Heikes PM benannten Schritte hinaus liegen Vorschläge aus der Partei auf dem Tisch, die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau ist einer davon.



Neben der Abbildung der erhöhten Tabellenmieten (immer netto/kalt!) gibt es noch eine weitere Mieterhöhungshilfe: Die Einstufung jeglichen Baublocks in die

„normale“ oder „gute“ Wohnlage (kann bis zu 4 €/m² ausmachen). Dabei geht als wichtigster Faktor der „Bodenrichtwert“ ein, der seinerseits die bei Immobilienspekulationen erzielten Preise spiegelt. Auf diesem Gebiet gibt es aber auch Erfolge zu verzeichnen, so konnten MieterInnen in St. Georg mit anwaltlicher Hilfe erreichen, dass ein Teil der Höherstufungen zurückgenommen wurde.

In Ballungsgebieten wie Hamburg und speziell in Teilen des Bezirks Mitte kann ein Mietestopp eine ernsthafte Alternative zur wirkungslosen „Mietpreisbremse“ sein und muss diskutiert werden. So etwas hat es sogar in der Bundesrepublik schon gegeben: Von 1949 bis 1963 (in Westberlin sogar bis 1987) wurden die Wohnungen „zwangsbewirtschaftet“ und die Mietpreise staatlich kontrolliert. Erst danach wurde allmählich der Immobilienkapitalismus von der Leine gelassen: Die Älteren unter uns erinnern sich vielleicht noch an die Einführung der „weißen Kreise“ durch den CDU-Wohnungsbauminister Lücke. Sage also keiner, dass ein Mietpreisstopp in Gebieten mit eklatantem Wohnungsmangel grundgesetzwidrig wäre! – besel -

LINKS zu weiteren Informationen:
Mietenspiegelbroschüre
www.hamburg.de/mietenspiegel/
Wohnlagenverzeichnis
www.hamburg.de/wohnlagenverzeichnis/

Gegen die Privatisierung der Erinnerungskultur



Das sogenannte „Stadthaus“ war von 1933 bis - 45 das Hauptquartier der Gestapo in Hamburg. Unzählige Menschen wurden dort gequält und ermordet. In den über 60 Jahren bis 2009 war es nicht gelungen, eine Gedenkstätte im Stadthaus einzurichten, auch wenn z.B. Geschichtswerkstätten und Gewerkschaften dies gefordert hatten. 2009 wurde das Stadthaus (damals Sitz der Bau- und Umweltbehörde) vom CDU/GAL-Senat an einen Investor meistbietend verhökert. Das Gedenken wurde gleich mitverkauft:

Drucksache 19/4555 vom 10.11.2009

„Der Käufer verpflichtet sich, in Abstimmung mit dem Denkmalschutzamt und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme einen Lernort mit unterschiedlichen Inhalten (Ausstellung, Seminare, Veranstaltungen, Inszenierungen, Dokumentationen) zur Nutzung des Stadthauses in den Jahren 1933–1943, als sich hier der Sitz der Hamburger Polizeibehörde befand und mit der Gestapoleitstelle als Zentrale des Terrors fungierte, **in geeigneten Räumen auf seine Kosten zu realisieren sowie dauerhaft den Betrieb und die öffentliche Zugänglichkeit sicher zu stellen.** Geeignet sind insbesondere Räume, die als historische Stätten von der Verfolgung des Widerstandes zeugen (zum Beispiel Verhörräume oder Arrestzellen).“

Und das ist der Stand der Dinge:

Drucksache 21/10997 v. 21.11.17: Senatsantwort auf eine Anfrage des Abgeordneten Wersich (CDU):

„ Der Eigentümer hat sich in Abstimmung mit der zuständigen Behörde im Sommer 2017 für das Konzept einer Buchhandlung entschieden und beabsich-

tigt, einen Mietvertrag mit der Buchhandlung, die auch die Ausstellungsfläche betreiben soll, zu schließen. **Das gewählte Konzept sieht vor, dass in den Räumlichkeiten im Erdgeschoss ein Ausstellungsraum, eine ausgewiesene Buchhandlung und ein Café eingerichtet werden.** Die diesbezüglichen Planungen des Eigentümers sind noch nicht abgeschlossen. Er plant die Fertigstellung des „Ortes der Erinnerung“ zum Sommer des kommenden Jahres. Über den Ausstellungsraum im Erdgeschoss hinaus wird in den „Ort der Erinnerung“ als ein historisches Relikt der auf der Fleetseite gelegene Verbindungsgang einbezogen, der von den im Kellergeschoss gelegenen Arrestzellen zu den Verhörräumen der Gestapo im ehemaligen Görtz-Palais führte (siehe Drs. 20/12554). Informationen zur Baugeschichte des gesamten

Stadthaus-Komplexes (einschließlich der Nutzung in den Jahre 1933 bis 1945) sind im zentral im Erdgeschoss gelegenen Arkadengang vorgesehen.“

Der „Förderkreis *Gedenkstätte* und Lernort *Stadthaus*“, Geschichtswerkstätten und z.B. die VVN fürchten nun, meines Erachtens zu Recht, dass es zur Einrichtung einer Gedenkstätte im Sinne des Vertrags von 2009 nicht kommen wird. Wir befürchten, dass eine Ausstellung in den Räumlichkeiten einer Buchhandlung oder gar eines Cafés allenfalls als (störendes?!) Randphänomen wahrgenommen würde. Ganz zu schweigen von der vereinbarten Realisierung von Möglichkeiten für Veranstaltungen, Seminare, Inszenierungen.

Erinnerungskultur ist Sache der FHH, nicht der privaten Immobilienentwickler. Die Flucht aus der Verantwortung des schwarz-grünen Senats von 2009 muss korrigiert werden und die Stadt muss die Verantwortung für eine Gedenkstätte im Stadthaus übernehmen, personell und finanziell. Hoffen wir, dass unsere Bürgerschaftsfraktion den Förderkreis und die Gedenkstätte Neuengamme bei der Durchsetzung dieses Anspruchs unterstützt.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Foto: Das Stadthaus 2009 Von User:Wmeinhardt - Wolfgang Meinhardt, Hamburg - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=11889468>

Geht es so weiter?

Versuch einer Antwort auf Alexander Benthin

Um es vorwegzunehmen: Ich bin nach meiner Überzeugung weder ein Dummkopf noch ein Verbrecher. Und eine Denunziation bleibt eine Denunziation, auch wenn der Autor sich hinter Bertolt Brecht versteckt. Unter „kulturvollem Dialog“ jedenfalls, von dem er und seine Freunde so gerne reden, stelle ich mir etwas anderes vor als den Text von Alexander Benthin in der Dezember-Ausgabe des *MitteNmag*.

Ansonsten kann ich nur erneut feststellen, dass Alexander und ich in verschiedenen Welten leben bzw. sehr unterschiedliche Sichtweisen auf dieselbe haben. Das von ihm propagierte Denken ausschließlich in Dichotomien, landläufig als Schwarz-Weiß-Denken bezeichnet, liegt mir fern. Solches Denken ist tödlich für eine Partei, die als plurale LINKE angetreten ist. Für mich ist nicht jeder und jede ein Feind, der/die nicht exakt so denkt wie ich oder meine Vordenker. Insbesondere dann nicht, wenn er oder sie aus sicherlich guten persönlichen Gründen derselben Partei angehört wie ich. Die Feinde sitzen woanders.

Vieles von dem, was Alexander inhaltlich aussagt, kann ich ja teilen, habe auch nie etwas anderes behauptet. Ja, es gibt womöglich GenossInnen, die sich vielleicht sogar in Hamburg eine Zusammenarbeit mit der hiesigen SPD vorstellen können – ich kann das nicht. Trotzdem sind sie für mich weder Idioten noch Verbrecher, sondern GenossInnen, mit denen ich mich auseinandersetzen will.

Und natürlich müssen wir weiter grundsätzlich die AfD und andere Rechte bekämpfen. Und wir müssen auch deutlich sagen, dass wir die „besorgten Bürger“, da wo sie rassistische Parolen nachbeten, keineswegs dort abholen müssen, wo sie stehen. Aber dennoch gilt es, die soziale Spaltung als eigentliche Ursache der Wut in abgehängten Wohnquartieren zu benennen und zu bekämpfen. Da brauchen wir inhaltliche Antworten die aus mehr bestehen als „Das liegt alles am Kapitalismus/Neoliberalismus/ der Austeritätspolitik“ – auch wenn es letztlich natürlich so ist. Wir müssen uns schon die Mühen der Ebene antun und z.B. ein gerechteres Rentenkonzept, ein Konzept für wieder wirklich sozialen Wohnungs-

bau entwickeln und das den Menschen anbieten. Und in der Bezirkspolitik muss es manchmal auch noch kleinteiliger sein.



Infostand der AG LISA and friends vor dem AK St. Georg. Verteilt wurden Schoko-Nikoläuse und Materialien der Bundestagsfraktion – ohne vorherige Prüfung von Material und VerteilerInnen auf die „richtige“ antikapitalistische Stoßrichtung. Die angesprochenen Beschäftigten fanden es gut, wir auch.

Foto: Hildegard Heinemann

Und gerne können wir Friedenskonferenzen und friedenspolitische Veranstaltungen im akademischen Raum durchführen oder unterstützen, finde ich gut und richtig. Aber Trump und Merkel würden sich da ein Ei drauf backen, falls sie es überhaupt mitbekämen. Schrecken könnte sie nur, wenn die Mehrheit der Bevölkerung, die ihre Aufrüstungs- und Kriegspolitik ablehnt, sich auch tatsächlich auf der Straße artikuliert. Dass dem leider nicht so ist, erleben wir jedes Jahr am 1. September. Und noch mehr schrecken würde sie, wenn das auch bei Wahlen zum Ausdruck käme.

Daran müssen wir arbeiten und dazu müssen wir mit unseren Inhalten raus auf die Straße, und das nicht nur in St. Pauli und St. Georg, sondern auch in Rothenburgsort oder Mümmelmannsberg.

Das wünsche ich mir und uns für 2018.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Termine in (und für) Mitte

Mittwoch, 03.01., 18:30 Uhr

Treffen der BO Billstedt

Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 03.01., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg

Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Montag, 08.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 09.01. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**

Einladung beachten!

Mittwoch, 10.01., 18:30 Uhr

Bezirksmitgliedertreffen mit David Stoop

Drachenbau St. Georg, Gemeinschaftsraum,
Schmilinskystraße 6 a

Sonntag, 14.1., ganztägig

Busfahrt zur **Luxemburg-Liebknecht-Demo**
nach Berlin, siehe S. 2

Mittwoch, 17.01., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde

Büro Borgfelder Straße 83

Montag, 22.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Donnerstag, 25.01., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung

Klosterwall 4, Sitzungssaal 1.OG

Februar 2018

Montag, 05.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 07.02., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**

Büro Billstedter Hauptstraße 76

(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 07.02. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**

Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Dienstag, 13.02., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**

Einladung beachten!

Montag, 19.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 20.02., 19 Uhr

Bericht aus der Bürgerschaftsfraktion mit

Carola Ensslen und Martin Dolzer

Lilienstraße 15, 2.Stock (s. S. 2)

Mittwoch, 21.02., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde

Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.

Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck

fremdes@gmx.de

Bitte beachtet auch die Termine im Inneren dieser
Ausgabe.

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Marvin Deutschländer		
Alexander Götz (Schatzmeister)		
Theresa Jakob		
Eva Rosanski		
Antje Schellner		
Marinus J. Stehmeier		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

An die Mitglieder der LINKEN

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben im 10. Jahr unserer Existenz als DIE LINKE das zweitbeste Ergebnis unserer Geschichte erreicht. Das ist ein großer Erfolg. Wir haben bei diesen Wahlen gezeigt, dass wir flächendeckend, auch im Westen und im konservativeren Süden, über 5 Prozent liegen. Bei jüngeren Wählerinnen und Wählern sogar bei 11 Prozent. Das zeigt, wir sind eine bundesweite Partei mit guten Zukunftsperspektiven. Ohne Euren Einsatz wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Habt dafür vielen Dank!

Die Freude über diesen Erfolg verstellt uns aber nicht den Blick darauf, dass die Gesellschaft nach rechts gerückt ist. Der neu gewählte Bundestag spiegelt das wider. Erstmals seit Jahrzehnten ist dort eine rechtspopulistische und in Teilen faschistische Partei vertreten. Nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche für die schwarze Ampel aus CDU/CSU, FDP und Grünen ist die Situation offen. Am wahrscheinlichsten sind nun eine Fortsetzung der großen Koalition oder eine Minderheitenregierung, aber auch Neuwahlen sind nicht ausgeschlossen. Wir bereiten uns auf alle Möglichkeiten vor und gehen selbstbewusst in die nächsten Wochen. DIE LINKE ist gut aufgestellt. Allein in diesem Jahr sind mehr als 7.800 Menschen Mitglied der LINKEN geworden, zwei Drittel von ihnen sind jünger als 35 Jahre. Wir heißen euch herzlich willkommen! Ihr seid herzlich eingeladen, die Partei aktiv mitzugestalten. Dafür machen wir auch als Parteivorstand konkrete Angebote.

Für eine linke Alternative

Dies sind gute Voraussetzungen, um als demokratische und aktive Mitgliederpartei für unsere Positionen zu streiten: In den Betrieben, in den Stadtvierteln, auf der Straße, in den Universitäten, in den Parlamenten und überall sonst, wo wir sind. Das ist nötiger denn je. Wir haben erlebt, wie wenig im Wahlkampf und danach in den Medien über drängende soziale, ökologische und friedenspolitische Themen gesprochen wurde. Es ist an uns, sie auf die Tagesordnung zu bringen.

Als einzige im Bundestag vertretene Partei streitet DIE LINKE gleichermaßen für soziale Gerechtigkeit und die Umverteilung von Reichtum. Wir setzen uns ein für eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV, für gute Löhne und Renten, damit alle genug zum Leben haben. Wir wollen, dass Arbeit gerechter verteilt wird und mehr Zeit für Familie, Freunde und Erholung bleibt. Eine Wochenarbeitszeit, die um die 30 Stunden kreist, ist sinnvoll und machbar. Arbeit kann gerechter verteilt werden zwischen denen, die überlastet

sind und denen, die erwerbslos sind oder ungewollt in Teilzeit arbeiten – und auch zwischen Frauen und Männern. Wir wollen den sozial-ökologischen Umbau voranbringen, denn bereits jetzt sind Millionen Menschen weltweit von den Folgen des Klimawandels betroffen. Wir wollen das Asylrecht wieder herstellen und Fluchtursachen ernsthaft bekämpfen. Auch deswegen wollen wir Waffenexporte verbieten und setzen wir uns für eine friedliche Außenpolitik ein. Wir stimmen konsequent gegen Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Klare Kante gegen Rassismus

In Zeiten eines gesellschaftlichen Rechtsrucks ist der Kampf gegen rechts eine zentrale Aufgabe für DIE LINKE. Wir werden uns der AfD und ihrer rassistischen Hetze in den Parlamenten und auf der Straße entgegenstellen. Unsere Alternative heißt Solidarität. Protest ist unersetzlich, doch das allein reicht nicht aus. Deshalb müssen wir überall, wo wir sind, klare Kante gegen rassistische, nationalistische und chauvinistische Positionen zeigen. Wir dürfen den Rechten nicht den öffentlichen Raum überlassen, sondern müssen dagegehalten.

Gleichzeitig müssen wir daran arbeiten, der AfD den sozialen Nährboden zu entziehen. Die unsoziale Politik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass der Alltag für viele zur Zumutung geworden ist. Nach 25 Jahren neoliberaler Politik glauben viele nicht mehr daran, dass sich ihre Situation verbessern kann. Ihnen müssen wir ein politisches Angebot machen. Dazu ist es notwendig, konsequent für soziale Politik zu kämpfen. Doch DIE LINKE muss auch vor Ort verankert, sichtbar und erlebbar sein – gerade in Vierteln, in denen sich Parteien sonst kaum blicken lassen. Eine linke Partei darf die Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und Menschen in den ärmeren Stadtteilen niemals aufgeben. Bereits seit letztem Jahr sind LINKE-Mitglieder in vielen Städten in die Nachbarschaften gegangen, um an der Haustür darüber ins Gespräch zu kommen. Wir haben Modellprojekte in sogenannten sozialen Brennpunkten gestartet, in denen Mitglieder vor Ort gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern Protest organisieren. Wir haben vor der Erstellung des Bundestagswahlprogramms Veranstaltungen organisiert, um zu hören, was Interessierte aus befreundeten Initiativen und Organisationen, aber auch die Mitglieder von der LINKEN erwarten und was sich aus ihrer Sicht dringend ändern muss.

In den letzten Wochen gab es in der Partei aber auch Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik und den Umgang mit den Rechten. Beim letzten Parteitag und im Parteivorstand haben wir da-

zu klare Positionen beschlossen. Wir verteidigen das Recht auf Asyl und die Perspektive der Bewegungsfreiheit. In der politischen und medialen Debatte werden Menschen gegeneinander ausgespielt. Als LINKE ist es unsere Aufgabe, die wirklichen Ursachen zu benennen. Wir machen klar, dass Fluchtursachen und nicht Geflüchtete das Problem sind. Wir wollen eine soziale Offensive für alle. Denn schon lange bevor viele Menschen nach Deutschland flüchten mussten, gab es zu wenig bezahlbaren Wohnraum, zu geringe Löhne, zu wenige Arbeitsplätze.

Die Auseinandersetzungen darüber in der Partei drehten sich zu stark um Personen. Die Debatte hat gezeigt: Wir zerren aneinander, weil wir uns gegenseitig von der richtigen Richtung überzeugen wollen. Wir sollten die Kontroversen in der Sache führen und dabei nicht den medialen Theaterdonner bedienen, sondern in den Gremien der Partei diskutieren. Neben den Orten und Gremien, die dafür vorgesehen sind, planen wir für die nächsten Monate weitere Foren, um diese Diskussionen unter Beteiligung vieler Mitglieder weiter zu führen.

Mitreden und mitmachen

Wir schaffen in den nächsten Monaten viele Möglichkeiten, um mit euch ins Gespräch zu kommen und aktiv zu werden. Bereits im Dezember finden Massentelefonkonferenzen statt, zu denen alle Neumitglieder eingeladen sind. Jetzt ist eine gute Zeit, um vor Ort Aktionen, Veranstaltungen und Neumitgliedertreffen zu organisieren. Alle Kreisverbände und Mitglieder erhalten Material und verschiedene Vorschläge für Aktionen gegen rechts.

Im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ habt ihr schon viele gute Aktionen auf die Beine gestellt. Besonders im Bereich Gesundheit und Pflege konnten wir uns dadurch spürbar verankern und haben neue Mitglieder gewonnen, die in Pflegeberufen arbeiten. In diesem Sinne wollen wir weiterarbeiten und planen die Fortsetzung der Kampagne mit den Schwerpunkten Gesundheit/Pflege und bezahlbare Mieten. Den Auftakt für die Planung bildet ein Kampagnenworkshop im Januar.

Eine weitere Möglichkeit für Diskussion, zum Zusammenkommen und zum Pläneschmieden ist die **Linke Woche der Zukunft** vom 13. – 16. September 2018 in Berlin, zu der wir euch heute schon herzlich einladen. Dort wird es neben spannenden politischen und kulturellen Veranstaltungen auch Orte geben, um über die Partei zu reden, die wir sein wollen und wo wir die drängenden Zukunftsfragen wie Klimagerechtigkeit und Digitalisierung

in Angriff nehmen. Jede/r ist eingeladen sich einzubringen.

Zudem wird im Herbst 2018 in Hessen und in Bayern gewählt. In Hessen hatten wir bei der Bundestagswahl ein richtig gutes Ergebnis und auch in Bayern haben wir stark abgeschnitten. 2019 wird in Sachsen gewählt und auch die Europawahl liegt vor uns. Auf diese Wahlen müssen wir uns inhaltlich und praktisch vorbereiten.

Harald Wolf ist kommissarischer Bundesgeschäftsführer

Wie viele von euch sicher gehört haben, ist Matthias Höhn am 10. November als Bundesgeschäftsführer zurückgetreten. Wir freuen uns darüber, dass Harald Wolf diese Aufgabe bis zum Bundesparteitag im Juni kommissarisch übernimmt. Der Parteivorstand hat unseren Vorschlag in seiner Sitzung am 11. November mit großer Mehrheit bestätigt. Harald Wolf bringt die nötige Erfahrung und Expertise mit, die für die politische Handlungsfähigkeit der Partei in den kommenden Monaten wichtig ist. Er ist ein über die verschiedenen Strömungen hinweg anerkannter Brückenbauer.

Liebe Genossinnen und Genossen, die aktuelle Situation ist durch viele politische und gesellschaftliche Unwägbarkeiten geprägt. Wir würden uns daher über eure Spenden sehr freuen. Wir bitten um Überweisung an den Parteivorstand der Partei DIE LINKE, IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00, BIC: BEVODEBE, Berliner Volksbank eG. Unter <https://www.die-linke.de/mitmachen/spenden/> besteht zudem die Möglichkeit online zu spenden.

Wir haben in diesem Jahr Vieles erreicht und Vieles liegt noch vor uns. Packen wir es zusammen an. Werden wir unserer Aufgabe als linke Alternative in diesem Land gerecht – es braucht uns.

Wir wünschen euch schöne und entspannte Feiertage im Dezember und einen guten Start ins neue Jahr.

Eure
Katja Kipping, Bernd Riexinger, Harald Wolf,
Thomas Nord
www.die-linke.de

Dieser Brief ist per Mail versandt worden. Hier erscheint er für die Mitglieder ohne Mailanschrift. - red

DIE LINKE.